

noch Operationen der Israelis verhindern. Der Libanon wurde zu einem unübersichtlich, aber wirksam geteilten Land. Die alte Provinz Mont Liban, Ost-Beirut und das daran nach Norden angrenzende Gebirge wurde von der Miliz der Kataib kontrolliert. Hier etablierte sich eine eigene Stabilität. West-Beirut und der Süden des Landes zerfielen in ein Mosaik von Einflußzonen: israelische Truppen im äußersten Süden, die unter israelischem Oberkommando stehenden Einheiten des Major Saad Haddad, Gebiete, die von Palästinensern oder ihren libanesischen Verbündeten kontrolliert wurden — und dazwischen Reste der libanesischen Armee.

Der zweite Hauptfaktor, der das Verhältnis zwischen Libanesen und Palästinensern in dieser Zeit bestimmte, war das Camp-David-Abkommen. Die im September 1978 unter amerikanischer Ägide getroffene Rahmenvereinbarung und der in ihrer Folge im März 1979 geschlossene Separatfrieden zwischen Ägypten und Israel spaltete die arabische Welt und stellte eine besondere Bedrohung für die Palästinenser dar. Zum ersten Mal hatte ein arabisches Land, noch dazu ein Anrainerstaat Israels, sein eigenes Nationalinteresse nicht nur faktisch, sondern öffentlich sichtbar und zugegebenermaßen über die Sache der Palästinenser gestellt. Mit der im Separatfrieden vereinbarten Entmilitarisierung des Sinai wurde die Südwestflanke Israels strategisch sicher. Die Überlegenheit der israelischen Armee an der Ost- und Nordgrenze Israels wuchs ins Ungemessene. Weder die syrische oder die jordanische Armee, noch die palästinensischen Einheiten, noch auch alle zusammengenommen stellten eine ernsthafte Bedrohung der militärischen Sicherheit Israels dar. Ende der siebziger Jahre wuchs die israelische Armee zur viertstärksten Militärmacht der Welt<sup>23</sup> und zur weit und breit mächtigsten Kraft im Vorderen Orient.

Die palästinensischen Nadelstiche gegen Nordisrael gehen weiter. Am 18. Januar 1979 beginnt wiederum ein großangelegter militärischer Einfall Israels in den Südlibanon. Am 19. Oktober 1980 erklärt der israelische Premierminister Menachem Begin, daß Jerusalem jederzeit (und nicht nur als Repressalie) das Recht habe, im Südlibanon zu intervenieren<sup>24</sup>. Immer häufiger bombardieren israelische Bomber palästinensische Stellungen bis nach Beirut hinein. Am 24. Juli 1981 wird über den amerikanischen Sonderbeauftragten Philip Habib ein Waffenstillstand zwischen der PLO und der israelischen Regierung ausgehandelt. Dieser Waffenstillstand wird von palästinensischer Seite strikt eingehalten. Nur zweimal fallen noch palästinensische Granaten auf israelisches Gebiet, beidemal nach mörderischen Bombardements militärischer und ziviler Ziele der PLO in Beirut durch die israelische Luftwaffe. Am 3. Juni 1982 verübt eine (die Anweisungen Abu Nidals befolgende) Splittergruppe von Palästinensern ein Attentat auf den israelischen Botschafter in London; ein weiteres Opfer auf ihrer Mord-Liste ist der PLO-Vertreter in der britischen Hauptstadt. Am 4. Juni schlägt die israelische Luftwaffe auf das Fakhani-Viertel in Beirut los (200 Tote) und am nächsten Tag beginnt mit Bombardements von südlibanesischen Städten der fünfte Nahostkrieg, der die Sicherung des ›Friedens für Galiläa‹ zum Vorwand nimmt. Er stellt in Wahrheit den Versuch Israels dar, das Palästinenserproblem ein für alle Mal militärisch zu lösen.

Rückblickend läßt sich feststellen, daß es der palästinensischen Führung im Libanon nicht gelang, die ihr diktierte Beschränkung auf libanesisches Territorium in eine Strategie umzuwandeln, die genügend breite Teile der libanesischen Bevölkerung auf ihre Seite gebracht hätte. Volkskriegs-Rhetorik, die Berufung auf das Beispiel Algeriens und die amerikanische Niederlage im Vietnamkrieg konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Verhältnisse im Libanon unvergleichbar waren. Wie bereits 1970 in Jordanien gelang es auch im Libanon der PLO und den durch sie vertretenen Palästinensern nicht, die Auseinandersetzung mit einheimischen arabischen Armeen zu vermeiden. Zwar war es der PLO im Libanon geglückt, die Mehrzahl der Palästinenser innerhalb und außerhalb dieses Landes zu mobilisieren und ihrer Zersplitterung vorzubeugen. Über das besetzte

## Die Drohung wirkt

Der Vorwurf, die Vereinten Nationen erlebten einen Niedergang in einen Zustand der Verantwortungslosigkeit und ›ratifizierten Nutzlosigkeit‹ ist nicht neu. Er wurde — und dies ist nur ein Beispiel — auch schon 1974 erhoben, von William F. Buckley in der amerikanischen Zeitschrift ›National Review‹, nachdem der PLO-Führer Arafat zu seinem spektakulären Auftritt in der Generalversammlung eingeladen und die Republik Südafrika mit 91 gegen 22 Stimmen bei 19 Enthaltungen von der Teilnahme an ihren Debatten ausgeschlossen worden war. Der amerikanische UN-Botschafter John A. Scali sprach damals von einer ›Diktatur der Mehrheit‹ aus Entwicklungsländern mit Unterstützung kommunistischer Mächte, wobei diese Mehrheit nur einen Bruchteil der Weltbevölkerung repräsentiere.

Obwohl die Regierung der Vereinigten Staaten außerstande ist, die Bewegung der Blockfreien aktiv ins eigene politische Kalkül einzubeziehen, betrachtet sie doch deren mehrheitliche Voten bei Afghanistan- und Kamputschea-Abstimmungen als antisowjetischen Erfolg und scheut in solchen Fällen auch nicht das Zusammenspiel mit den chinesischen Kommunisten.

Zu den Lernerfolgen der gegenwärtigen amerikanischen UN-Botschafterin Jeane J. Kirkpatrick nach 18 Monaten Amtszeit gehört es, daß sie die britische Diplomatie während der Falkland-(Malwinen-)Krise als ›enorm geschickt, ungeheuer eindrucksvoll‹ erlebte. ›Sie war fast traumatisch, weil ich im Verhalten des britischen Ständigen Vertreters gesehen habe, was eine westliche demokratische Nation innerhalb der Vereinten Nationen tun konnte.‹ Die Amerikaner dagegen leiden nach Frau Kirkpatrick's Meinung unter einem Mangel an Geschicklichkeit beim Vollzug internationaler Politik in multilateralen Arenen. Diese Unfähigkeit sei unabhängig von Parteien und jeweiligen Präsidenten jahrhundertlang zu beobachten. Die USA hätten die Vereinten Nationen nie angemessen als politischen Kampf- und Schauplatz verstanden, in dem man sich wie in kommunaler oder nationaler Politik zu verhalten habe — im Werben um Bundesgenossen mit Lohn für Zusammenarbeit und Strafe für Opposition. Durch häufiges Wechseln des (nicht-professionellen) Chefdelegierten hätten sich die Amerikaner in den Vereinten Nationen oft wie ein Haufen von Amateuren gezeigt, während beispielsweise die Briten sorgsam ihre Commonwealth-Beziehungen pflegten.

Nicht wenige Kenner der amerikanischen Innenpolitik haben die Drohung aus Washington mit Auszug aus der Generalversammlung und Einstellung der Zahlung des US-Beitrags zum UNO-Haushalt — ein Viertel des Gesamtaufkommens — für den Fall, daß Israel aus der UNO oder einer der Sonderorganisationen ausgeschlossen würde, für wahlkampfbedingt im Blick auf den Urnengang vom 2. November gehalten. Immerhin konnte sich die Regierung Reagan dabei auf einen älteren, nahezu einstimmigen entsprechenden Beschluß des amerikanischen Senats berufen. Der Sofortentsatz des stärksten Druckmittels durch die Vereinigten Staaten hat jedenfalls den Erfolg gehabt, daß der Iran, Libyen, Kuba, Nicaragua und nur fünf weitere Regierungen bei Enthaltung des gesamten Sowjetblocks schließlich allein standen und deren Ausschlußantrag gegen Israel geschäftsordnungsmäßig abgeschlagen wurde.

Südafrika war den Vereinigten Staaten seinerzeit offenbar nicht so viel wert wie heute Israel, obwohl ihre eigene Glaubwürdigkeit — und die der Vereinten Nationen insgesamt — auch darunter leidet, daß die USA im Sicherheitsrat gelegentlich israelische Aktionen verurteilen oder als rechtlich ›null und nichtig‹ (Golanhöhen) bezeichnen, Konsequenzen dann aber durch ihr Veto verhindern — das ist Machtpolitik.

Dennoch steht und fällt die Organisation der Regierungen, genannt Vereinte Nationen, mit dem Grundsatz der Universalität. Nur wenn alle Mitglied sind, kann man einzelne wenigstens moralisch zur Verantwortung ziehen, solange es keine Weltregierung und keine Weltpolizisten gibt.

Ansgar Skriver □